

„Aktive Kernbereiche“: Millionen-Förderung kann fließen

12.09.18 03:00



Aus den Händen der Hessischen Umweltministerin Priska Hinz erhält Bürgermeister Gerald Frank (links) den Aufnahmebescheid für das Förderprogramm „Aktive Kernbereiche“. Begleitet wurde er vom Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses Gerhard Bonifer-Dörr.

© (p) Boris Borm

Münster - Münster ist eine von neun hessischen Kommunen, die von der Hessischen Umweltministerin Priska Hinz in einer kleinen Feierstunde im „Haus am Dom“ in Frankfurt in das Förderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ neu aufgenommen wurde.

Die Aufnahme bedeutet Zuschüsse von rund 7 Millionen Euro in die Infrastruktur von Münster. „Es hat in der Geschichte unserer Gemeinde noch nie eine so hohe Förderung gegeben“, erklärte Bürgermeister Gerald Frank nach der Aufnahme ins Förderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“. Nun ist der Weg frei, in den kommenden Jahren wichtige Infrastrukturprojekte wie etwa im alten Ortskern, am Rathausplatz sowie der Darmstädter Straße anzugehen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird Münster Förderkommune sein und wichtige Infrastrukturprojekte umsetzen können. Bis zu zwei Drittel Förderung der Kosten pro Projekt ist möglich.

Bereits im Vorjahr hatte sich Münster um die Aufnahme in das Bund-Land-Förderprogramm „Stadtumbau“ beworben. Mit der Innenentwicklungsanalyse, die der Kreis für alle seine Kommunen gemacht hatte, und dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten AktVis Innenentwicklungs-Forschungsprojekt der Technischen Universität im alten Ortskern waren bereits im letzten Jahr sehr gute Voraussetzungen gegeben.

Im vergangenen Jahr war die Enttäuschung aufgrund der Nichtberücksichtigung groß. Doch damals gab sich der Bürgermeister kämpferisch: „Es ist wie bei olympischen Spielen. Es ist normal, dass sich Städte für die Ausrichtung oft mehrmals bewerben müssen. Wir werden wieder antreten“,

versprach er damals. Es folgten Gespräche mit Vertretern des für die Vergabe zuständigen Umweltministeriums. Bei einem Ortstermin wurde dem Bürgermeister von Vertretern des Ministeriums bestätigt, dass es an dem vorgelegten Bewerbungskonzept keine Kritikpunkte gebe. Die Nichtberücksichtigung sei in der geringen Zahl von möglichen Aufnahmen begründet. Es folgte die Ermutigung, sich auf jeden Fall im neuen Jahr wieder zu bewerben.

In dem Konzept stehen vier Bereiche im Gemeindegebiet im Fokus. Im alten Ortskern geht es vor allem darum, die Attraktivität des Quartiers zu erhöhen und seinen Charakter zu erhalten. Um dieses geordnet zu gestalten wird auch ein Bebauungsplan für den Bereich Alt-Münster (rund um die Hintergasse) erstellt. Auch wird angestrebt, bestehende Gebäude energetisch zu sanieren und barrierefrei auszubauen, auf leer stehenden Gewerbeflächen Wohnraum zu schaffen, die Siedlung insgesamt für Mensch und Natur aufzuwerten und nach Möglichkeit auch fußläufige Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen.

Der Schwerpunkt „Neue Mitte“ dreht sich vor allem um den Rathausplatz, der durch eine Umgestaltung wieder zu einem zentralen Anlaufpunkt werden soll, insbesondere für Feste und Veranstaltungen jeglicher Art geeignet. Dabei sollen die Parkplätze nur unwesentlich reduziert werden. Auch die Darmstädter und Frankfurter Straße sollen von den Fördermitteln profitieren.

Vierter Themen-Schwerpunkt ist die Gersprenz im Bereich der alten Mühle und des Gersprenz museums. Das große Potenzial des Außenbereichs rund um eines der wohl schönsten historischen Gebäude in Münster wird bislang nur unzureichend genutzt. Ziel ist es, der Gersprenz dort wieder eine zentrale Rolle zu geben und sie zugänglicher zu machen, damit sich der Bereich zu einem Erholungs- und Bewegungsraum für die Menschen entwickeln kann.

„Mit den Fördermitteln können wir wichtige infrastrukturelle Projekte anpacken, von denen alle Bürger profitieren“, freut sich Bürgermeister Frank über den positiven Bescheid. Nächster Schritt auf dem Weg zur Umsetzung sei nun zunächst die Erstellung eines umfangreichen „Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts“ (IKEK), was dann die Grundlage von Umsetzungsmaßnahmen sein wird. Für jedes Jahr ist eine gesonderte Planung der Projekte vorzunehmen und mit dem Ministerium abzustimmen. (tm)